

*Hintergrund:*

## Internetzensur in Russland

Vor rund zehn Jahren war das Internet in Russland noch relativ frei. Es war der letzte öffentliche Ort, an dem kritisch über Politik und Gesellschaft debattiert wurde. Fernsehsender und unabhängige Verlage hatte Präsident Wladimir Putin nach seinem Amtsantritt im Jahr 2000 systematisch unter staatliche Kontrolle gebracht. Die Lücke füllten Online-Medien, in denen Journalisten mutige Recherchen veröffentlichten und Blogger bissig die aktuelle Lage kommentierten – bis 2011/2012 Zehntausende Menschen auf die Straße gingen. Sie demonstrierten gegen Wahlfälschung und gegen Putin, der sich gerade zum dritten Mal als Präsidenten bestätigen ließ. Ihren Protest organisierten sie über soziale Netzwerke.

Der Kreml zog die Schrauben daraufhin auch im Internet an. In kürzester Zeit verabschiedete das Parlament eine Reihe von Gesetzen, um Inhalte im Netz zu blockieren: Artikel über Homosexualität oder Drogen; Blogeinträge, die angeblich religiöse Gefühle verletzen oder zu Extremismus aufrufen – oder Posts, in denen schlicht und einfach Schimpfwörter gebraucht werden. Die meisten dieser Gesetze sind schwammig formuliert und lassen sich nahezu beliebig auslegen. Sie hängen wie ein Damoklesschwert über Bloggern und Journalisten.

Die Medienaufsichtsbehörde *Roskomnadsor* durfte Internetseiten fortan ohne Gerichtsbeschluss sperren. Sie führte eine schwarze Liste von Webseiten ein, die von Providern blockiert werden müssen – das so genannte Register. Öffentlich einsehbar ist diese Liste nicht. Offiziell zum Schutz der Jugend vor Pornografie und Extremismus erdacht, fanden sich bald auch Seiten von Oppositionellen im Register. Roskomnadsor sperrt inzwischen zehntausende Artikel und Webseiten im Jahr.

Gleichzeitig gehen die Behörden mit drakonischer Härte gegen einzelne Nutzer vor. Gegen mehr als 400 Internetnutzer wurden 2017 Gerichtsverfahren eröffnet, fast 50 wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Mehrere Jahre Haft für ein „Like“ an der falschen Stelle oder einen kritischen Kommentar – die Abschreckung funktioniert: Angst und Selbstzensur sind in Russland weit verbreitet.

Dass die Menschen im Internet anonym kommunizieren, will der Kreml verhindern. 2014 baute der Geheimdienst das landesweite Überwachungssystem SORM aus und kann damit nun in großem Stil Telefon- und Internetdaten abfangen. Seit 2016 gilt in Russland eine Vorratsdatenspeicherung, die weltweit ihresgleichen sucht: Drei Jahre lang müssen Verbindungsdaten gespeichert werden, konkrete Inhalte wie Telefonate, Nachrichten oder Videos sechs Monate lang. Die Behörden haben bei Bedarf Zugriff auf diese Daten. VPNs und Anonymisierungsdienste, mit denen man Internetzensur

umgehen kann, dürfen die Menschen nur noch eingeschränkt nutzen. Messengerdienste sollen dem Geheimdienst Schnittstellen in den Programmen öffnen, damit dieser verschlüsselte Nachrichten mitlesen kann. Internetdaten russischer Bürger dürfen seit 2015 nicht mehr im Ausland, sondern nur noch auf Servern innerhalb Russlands gespeichert werden. Das US-amerikanische Karriere-Netzwerk *LinkedIn* weigerte sich gegen diese Vorgabe und wurde daraufhin im November 2016 gesperrt.

Unerschrocken versuchen russische Blogger und Internetaktivisten dennoch, Freiräume im Netz zu verteidigen. Pawel Durow, Gründer der russischen Facebook-Variante *Vkontakte*, lehnte es von Anfang an ab, Nutzerdaten an staatliche Stellen weiterzugeben. Er wurde gezwungen, *Vkontakte* zu verkaufen – und gründete den Messengerdienst *Telegram*. Der gilt dank seiner starken Verschlüsselung als besonders sicher. 2017 drohte *Roskomnadsor*, *Telegram* in Russland zu sperren, wenn sich der Dienst nicht amtlich registrieren ließe. Inzwischen steht *Telegram* im Register. Doch Durow, der heute im Ausland lebt, weigert sich nach wie vor, mit den Behörden zusammenzuarbeiten.

Die Organisation *Roskomsvoboda* hat 2017 eine Kampagne für den Erhalt von *Telegram* in Russland gestartet. Seit fünf Jahren kämpfen die Aktivisten gegen Internetzensur. Sie unterstützen Menschen, deren Inhalte online blockiert wurden und sammeln Informationen über gesperrte Seiten. Anwälte der Menschenrechtsgruppe *Agora* vertreten verfolgte Blogger vor Gericht und dokumentieren akribisch Urteile gegen kritische Internetnutzer. Investigativjournalisten decken auf, wie der Kreml die Kontrolle im Netz immer weiter ausbaut und ein umfassendes System zur Massenüberwachung installiert.

Noch wird das Internet in Russland nicht nach Stichworten zensiert wie in China. Noch kann man dort verschiedene Messenger-Dienste nutzen, lassen sich Proteste über soziale Netzwerke organisieren, werden Videos über Machtmissbrauch auf *Youtube* zu viralen Hits. Noch scheitert der Kreml daran, das Internet vollkommen zu kontrollieren.

Reporter ohne Grenzen unterstützt Blogger und Journalisten in Russland in ihrem Kampf für die Meinungsfreiheit. Auf der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit steht Russland auf Platz 148 von 180 Staaten.

Pressekontakt:

Ulrike Gruska / Christoph Dreyer / Anne Renzenbrink  
presse@reporter-ohne-grenzen.de  
www.reporter-ohne-grenzen.de/presse  
T: +49 (0)30 609 895 33-55